

## LEITARTIKEL

# Kaum noch Zweifel

Zeugenaussagen in den Anhörungen bringen US-Präsident Trump schwer in Bedrängnis

Am Abend seiner Wahl im April erhielt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj einen denkwürdigen Anruf. US-Präsident Donald Trump sprach eine Einladung ins Weiße Haus aus: „Wir sind auf ganzer Linie bei Ihnen.“ Die beiden Staatsoberhäupter wollten gemeinsam die Korruption bekämpfen, so das Weiße Haus.

Ein halbes Jahr später wissen wir: Nichts davon ist wahr. Weder wurde über Korruptionsbekämpfung gesprochen, noch unterstützte Trump in den folgenden Wochen Selenskyj. Im Gegenteil: Er machte eine zugesagte Militärhilfe und den prestigeträchtigen Empfang im Weißen Haus von der Einleitung einer Schmutzkampagne gegen seinen demokratischen Rivalen Joe Biden abhängig.

Zwei Wochen nach Beginn der öffentlichen Anhörung im US-Kongress kann an dieser politischen Erpressung kein Zweifel

## „Für viele Amerikaner ist die Ukraine weit weg

mehr bestehen. Neun Zeugen haben vor laufenden Kameras unzählige Details des Komplotts berichtet. Am deutlichsten sprach es am Mittwoch der amerikanische EU-Botschafter Gordon Sondland aus: „Es gab ein Quidproquo (Koppelgeschäft, d. Red.)“, sagte er: „Wir folgten den Anweisungen des Präsidenten.“

Das Zeugnis wiegt schwer, weil Sondland ganz bestimmt kein linker Trump-Gegner ist. Der Hotelier hatte im Wahlkampf 2016 eine Million Dollar für Trump gespendet und war dafür mit dem Diplomaten-Pos-

ten in Brüssel erschädigt worden.

Wer den Zeugen zuhört, der wähnt sich bisweilen im Mafia-Milieu: Die amerikanische Botschafterin in Kiew, die solche Machenschaften

nicht mittragen wollte, wurde erst gemobbt und dann abberufen. Der Kiewer Regierungschef Selenskyj sollte sich in einer Unterwerfungserklärung beim US-Sender CNN zu Ermittlungen gegen Biden verpflichten. Der Präsident beleidigt Zeugen per Twitter und droht dem Whistleblower, der die Affäre ans Tageslicht brachte, mit Vergeltung. Deutlicher kann man die zynische Missachtung elementarer Rechtsnormen kaum dokumentieren und eine Impeachment-Anklage begründen.

Doch zur Amtsenthebung wird es nur kommen, wenn neben den Demokraten auch 20 Republikaner im Senat dafür stimmen. Ohne eine massive Empörungswelle in der Bevölkerung wird das nicht passieren. Davon ist bislang noch wenig zu spüren. Für viele Amerikaner ist die Ukraine weit weg, und Politik gilt ohnehin als schmutziges Geschäft. Deshalb sind die Anhörungen so wichtig: Dort treten integre Regierungsmitarbeiter und Diplomaten auf und berichten, wie ihr oberster Dienstherr eine ordentliche Politik aus persönlichen Motiven hintertrieb.

Alles hängt nun davon ab, ob die Fernsehbilder die Öffentlichkeit aufrütteln und endlich auch Zeugen aus Trumps engstem Umfeld aussagen. Sicher ist das nicht. Wer die fanatische Abwehrfront der Republikaner im Kongress erlebt, die außer dem reinen Machterhalt keine Werte mehr zu kennen scheinen, der beginnt, sich ernsthaft um die Zukunft der amerikanischen Demokratie zu sorgen.

## KOMMENTAR

## Ziel in weiter Ferne

Maßnahmenpaket gegen Lehrermangel in NRW

Das Versprechen, für genügend Lehrer zu sorgen, wird NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer wohl über ihre Amtszeit begleiten – und vielleicht auch über

Vorgänger massiv. Der Vorwurf lautete: Unter Sylvia Löhrmann sei das Ministerium faktenresistent gewesen. Und sie müsse das bittere Erbe verwalten. Gebauer merkt, dass ihre hochgesteckten Ziele – eine dickere Personaldecke, weniger Stundenausfall – deutlich schwerer zu realisieren sind, als sie es sich vorgestellt hat.

Die Maßnahmen, die sie jetzt ergreift, sind durchaus sinnvolle Instrumente. Auch wenn sich Lehrer, die schon lange an den „Problemschulen“ arbeiten, fragen, ob es gerecht ist, dass sie nun weniger verdienen als die Neuen. Fakt ist: Das FDP-Ziel der weltbesten Bildungspolitik ist in weiter Ferne. Überall fehlen Lehrer, wodurch viele Vorhaben gefährdet sind. Möglich, dass Gebauer deshalb noch in Teufels Küche kommt.

Die Maßnahmen, die sie jetzt ergreift, sind durchaus sinnvolle Instrumente. Auch wenn sich Lehrer, die schon lange an den „Problemschulen“ arbeiten, fragen, ob es gerecht ist, dass sie nun weniger verdienen als die Neuen. Fakt ist: Das FDP-Ziel der weltbesten Bildungspolitik ist in weiter Ferne. Überall fehlen Lehrer, wodurch viele Vorhaben gefährdet sind. Möglich, dass Gebauer deshalb noch in Teufels Küche kommt.



KARL DOEMENS  
ksta-politik@  
dumont.de



NEGATIVZINSEN... EIN PHÄNOMEN GREIFT RAUM... SCHÄUMME GESCHICHTE

Plaßmann

## INTERVIEW

## „Die Vorbeugung ist entscheidend“

Der Bonner Arzt Walter Möbius über die Gefährdung von Medizinern

Herr Professor Möbius, Ihr Kollege Fritz von Weizsäcker ist von einem Verwirrten umgebracht worden. Wie stark sehen Sie die Ärzteschaft durch solche Attacken gefährdet?

Zunächst einmal muss ich sagen, dass mich dieser tödliche Anschlag besonders erschüttert, weil ich mit Fritz von Weizsäcker und seiner Familie gut bekannt war. Die Familie wohnte früher in der Nachbarschaft, und wir haben auch zusammen Patienten in seiner Klinik in Berlin betreut. Er war ein unglaublich sympathischer und guter Arzt. Besonders betroffen bin ich auch, weil ich als Assistenzarzt in der Klinik unmittelbar den Mord an einem Kollegen miterlebt habe. Generell würde ich die Bedrohung für Ärzte trotzdem nicht dramatisieren. Auf jeden meiner Kolleginnen und Kollegen lauert größere Gefahren im Straßenverkehr auf dem Weg zur Praxis. In Fällen allerdings, in denen Patienten mit Psychosen und anderen psychischen Auffälligkeiten belastet sind, müssen Ärzte schon damit rechnen, dass etwas passiert. Umso entscheidender ist die Vorbeugung.

Wie stellen Sie sich diese vor?

Vorbeugung beginnt damit, junge Ärzte nicht mit psychisch auffälligen Patienten alleine zu lassen. Berufsanfänger können das Wetterleuchten der Gefahr, das erfahrenen Ärzten vertraut ist, noch nicht erkennen.

Von Weizsäcker war aber ein erfahrener Arzt.

Das große Problem liegt hier tatsächlich im Überraschungsmoment. Selbst geschulte, professionelle Kampfsportler sagen: Wenn jemand sich Ihnen auf weniger als einen Meter genähert hat, geht ein Angriff oft zu schnell, um ihn abzuwehren zu können. Denken Sie an die Messer-Attacken auf Oskar Lafontaine oder auch auf Henriette Reker! Das ist das eigentlich Unheimliche, und selbst der Erfahrenste ist gegen so etwas nicht gewappnet.

Also hat die Vorbeugung sehr enge Grenzen.

Trotzdem gilt: Wenn junge Ärzte für das Herannahen einer möglichen Bedrohung sensibilisiert sind, ist das schon mal eine große Hilfe. Schon nach dem spektakulären Mord an dem Gießener Neurologen und Muskel-Spezialisten Friedrich Erbslöh 1974 sagte mein damaliger Kölner Chef, Professor Werner Scheid, zu mir: „Möbius, achten Sie auf die ersten Symptome einer Psychose!“ In den allermeisten Fällen ist schnell zu erkennen, wenn mit jemandem etwas nicht stimmt. Da kommen dann Leute in die Praxis, die lautstark schimpfen, herumpöbeln

oder sonst wie abnorm reagieren. Dann heißt es für Arzthelferinnen und -helfer oder für das ärztliche Personal: Sofort reagieren! Niemals alleine mit dem Betroffenen sprechen! Kollegen dazurufen! Allein das Gegenüber mehrerer Personen kann entscheidend dazu beitragen, dass ein Angriff unterbleibt. Die Gruppe macht stark.

Opfer gewaltsamer Angriffe werden auch Richter, Anwälte, Mitarbeiter von Jobcentern. Sehen Sie da – jenseits von psychiatrischen Auffälligkeiten – bestimmte Muster?

Im Fall des erwähnten Neurologen Erbslöh war es so, dass er von der Mutter eines kleinen Patienten erschossen wurde. Da spielte so etwas Archaisches eine Rolle wie der Schutzinstinkt der Eltern für ihre Kinder. Wie im Tierreich verteidigen sie ihre Brut, wenn sie diese bedroht fühlen. Ärztliches Handeln kann dann in einer Art Panikattacke als Gefahr für das Kind wahrgenommen werden – mit einer aggressiven Gegenreaktion.

Welche Bedeutung kommt dem Motiv der Rache zu?

Als Helfern gibt es Ärzten gegenüber da immer noch eine höhere Hemmschwelle als etwa gegenüber Polizisten, Richtern, Beschäftigten in Behörden, die über das Leben von Menschen bestimmen können. Da spielt das Moment der Vergeltung oder der Rache für vermeintlich schlechte Behandlung oder erlittenes Unrecht eine ungleich größere Rolle. Allerdings kommt das Moment der Rache auch gegenüber Ärzten zum Tragen – bei fehlgeschlagenen Behandlungen, missglückten Operationen oder regelrechten Kunstfehlern. Die normale, regelkonforme Reaktion ist der Klageweg, der übrigens heutzutage sehr viel häufiger beschritten wird als früher. Zahlenmäßig gesehen ist deshalb die Gefahr einer Rache-Attacke viel geringer als eines Angriffs, der von psychisch kranken Menschen ausgeht.

Gibt es dennoch einen steigenden Trend zur gewaltsamen Selbst-Justiz?

Nach meinen Erkenntnissen nicht. Solche Ausreiter hat es immer gegeben. Hier kommt nun auch den Medien eine besondere Verantwortung zu. So erschütternd und spektakulär der Tod Fritz von Weizsäckers zweifellos ist, so sehr sollte alles Aufbauschen vermieden werden, um keine Nachahmungsstaten zu provozieren. Und Klinikchefs, leitende Ärzte, aber auch Mediziner in niedergelassenen Praxen sind gerade jetzt besonders gefordert: Nicht durchdrehen! Sondern aufklären und besonnene Vorsicht walten lassen!

Das Gespräch führte  
Joachim Frank

## ZUR PERSON

Walter Möbius, geb. 1937, ist einer der bekanntesten Internisten. Der „Dr. House des wahren Lebens“ war 24 Jahre Chefarzt im Bonner Johanner-Krankenhaus.



Mordopfer Fritz von Weizsäcker

Foto: dpa

## KOMMENTAR

## Das Recht der Sparer

Negativ-Zinsen sollten künftig steuerlich absetzbar sein

TIM SZENT-IVANYI

Die unerfreuliche Entwicklung bei den Zinsen hat eine Hochstimmung bei den Populisten ausgelöst. Die Europäische Zentralbank ruiniert die Wirtschaft, die Sparer würden durch Negativzinsen enteignet, lauten gängige Parolen. Alles Unsinn: Ohne das beherzte Eingreifen der EZB zur Rettung des Euro hätte Deutschland nicht eine der längsten Boomphasen der Nachkriegsgeschichte erlebt.

Entscheidend für den Anleger ist allerdings nicht, welche Zinsen für das Sparguthaben oder das Girokonto gelten. Es kommt vielmehr auf die Differenz zwischen den Bankzinsen und der Inflationsrate an, also auf die Realzinsen. Sind sie positiv, wächst das Vermögen des Anlegers, sind sie negativ, wird es aufgeessen.

Das ist mitnichten neu: Ein Blick zurück zeigt, dass die Realzinsen in Bezug auf Sparkonten auch in den vergangenen Jahren meist negativ waren. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Situation mehr als unerfreulich ist. Hier kommt der Vorschlag von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder ins Spiel. Er plädiert dafür, dass es möglich sein muss, die negativen Zinsen steuerlich geltend zu machen. Diese Forderung ist ausnahmsweise nicht populistisch, sondern gut begründbar: Negativzinsen bedeuten für den Anleger Verluste. Und diese können im Steuerrecht üblicherweise mit Gewinnen verrechnet werden.

Dass dem nicht so ist, liegt in diesem Fall an einer Festlegung, die Söders Unionsfreund Wolfgang Schäuble schon 2015 getroffen hat, wonach Negativzinsen steuerlich nicht abziehbare „Einlagegebühren“ seien. Diese umstrittene Entscheidung kann, sie muss sogar revidiert werden.

## Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont I, Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.  
Chefredakteur: Carsten Fiedler.  
Stellvertreter: Lutz Feierabend, Rudolf Kretz (Bezirks).  
General Manager Digital: Thomas Kemmerer.  
Leitende Redakteure: Wolfgang Wagner (Politik), Sarah Brasack (Premium).  
Chefkorrespondent: Joachim Frank.  
Köln: Christian Hümmeler (Leitender Redakteur); Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur); NRW/Story: Dettel Schmalenberger; Wirtschaft: Thorsten Brecht; Sport: Christian Löhr; Kultur: Frank Olbert; Magazin: Maria Dohmen; Reportage/Wochenende: Claudia Lehnen; Chefredakteur: Peter Berger, Karlheinz Wagner; Art Director: Nikolas Janitzki;  
Produktion: Klaus Schröder; Regiodesk: Michael Gruel, Christine Badke.

Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.  
Hauptstadtbüro: Gordon Repinski (Ltg.), Steven Geyer (stv.)/RD Berlin GmbH.  
GF: Uwe Dullas, Marco Fenske.  
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribyl; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fras; Moskau: Stefan Scholl; Tel Aviv: Anja Reich; Rom: Regina Kerner; Athen: Gerd Höhler; Istanbul: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224-2524.  
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, 50590 Köln, Neven DuMont-Haus, oder Amsterdamer Straße 132, 50735 Köln, Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Geschäftsführer: Philipp M. Froben, Carsten Groß (Lesermarkt), Karsten Hundhausen (Mediaverkauf), Mediaverkauf: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH; Matthias Litzberger.  
Leiterin Vertrieb und Marketing: Birgit Rollesbroich. Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland.

Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung. Gültig Anzeigenpreisliste Nr. 21 vom 1. Januar 2019 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen, Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangte eingesandte Manuskripte keine Gewähr.  
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service  
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2332  
E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service  
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-2491  
E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de  
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de